

Haushaltsentwurf 2025/2026
Kurzdokumentation der Finanzausschuss-Klausur am 02.12.2024

lfd. Nr.	Seite ¹⁾	Auswirkung	Art	Antrag, Erläuterung	Antrag- steller	2025	Veränderung zur bish. Planung (in EUR)				2029 Gremium	Anmerkungen	Beschluss FA
						2026	2027	2028					
BV Wa	4			keine Empfehlung	BV Wald								
BV Gr	4			keine Empfehlung	BV Gräfrath								
BV OAM	4			keine Empfehlung	BV Ohligs/Aufderhöhe/ Merscheid								
BV Mi	4			keine Empfehlung	BV Mitte								
BV Bu/Hö	5			Herr Westeppe bittet die Brückenneubauten hinsichtlich der Hochwassersanierung u.a. Brücke Obenruden noch für den Haushalt zu berücksichtigen. Des Weiteren erinnert Herr Westeppe an die untenstehenden Beschlüsse und bittet um Aufnahme in den Haushalt: Die Verwaltung wird aufgefordert, die entsprechenden Haushaltsmittel für die Umsetzung des Parkplatzes an der Talsperrenstraße in den Doppel-Haushalt 2025/2026 so einzustellen, dass der Parkplatz zur Wiedereröffnung des Schlosses in 2025 auch für touristische Zwecke in Oberburg zur Verfügung steht. 1. Die Bezirksvertretung Burg/Höhscheid halte an dem Beschluss "Errichtung Kreisverkehr Gabelsberger Straße/Bismarckstraße fest. 2. Die Verwaltung wird aufgefordert, dass der Verbleib der damals bereitgestellten Haushaltsmittel nachgewiesen werden solle und die Haushaltsmittel der Bezirksvertretung Burg/Höhscheid wieder für den Zweck zur Verfügung gestellt werden solle. 3. Der Bezirksvertretung Burg/Höhscheid solle eine Kostengegenüberstellung inklusive Folgekosten von Neubau Signalanlage und Neubau Kreisverkehr zur Verfügung gestellt werden. Die Bezirksvertretung Burg/Höhscheid beschließt einstimmig die Ausweisung einer Hundeauslaufläche im Grünzug Unnersberger Allee / Schlicken und beauftragt die Verwaltung mit der Anmeldung der entsprechenden Haushaltsmittel für die Haushaltsplanung 2024 ff. investiv sowie konsumtiv für die anschließende jährliche Unterhaltung.	BV Burg/Höhscheid						Kenntnis genommen		
1	8	Sonstiges	Prüfauftrag	Verdoppelung des Jahresbudets des Zuwanderer- und Integrationsrates <u>Änderung im FA:</u> Umwandlung in Prüfauftrag, ohne Betragsziel	Zuwl					Zuwl, FA	Verweis aus Zuwl s. a. Antrag RM Cetin		Beschluss
2	10	Sonstiges	Prüfauftrag	Periodenartikelspender und Periodenartikel in allen städtischen Einrichtungen <u>Änderung im FA:</u> Umwandlung in Prüfauftrag, ohne Betragsziel	Jugendstadtrat					AKST, FA	AKST: Verweis in FA s. a. Antrag SpA		Beschluss
3	14	Ergebnisplan	Anpassung	Periodenartikelspender und Periodenartikel in allen städtischen Einrichtungen	Jugendstadtrat					SpA, FA	SpA: Verweis in FA s. a. Antrag AKST		erledigt mit Beschluss zu Nr. 2
4	18	Sonstiges	Prüfauftrag	Zuschuss Klingenpride Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, wie der erbetene Zuschuss für die Veranstaltung Klingenpride in Höhe von 12.500 Euro p. a. im Haushalt realisiert werden kann, beispielsweise im Rahmen der Bewirtschaftung der Zuschüsse aus der Anlage 23. Der erarbeitete Vorschlag soll rechtzeitig vor den Planungen für 2025 vorliegen.	SPD					ASGISB, AKST FA, Rat	ASGISB: Beschluss AKST: Verweis in FA		Beschluss
5	21	Investitionsplan	Anpassung	Kreisverkehr Dickenbusch Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Wohnungswesen beauftragt die Verwaltung mit der Realisierung der Kreisverkehre Kölner Straße / Katternberger Straße sowie Katternberger Straße / Friedrichstraße nach Entwurfsplanung aus Vorlage 6764/2020.	CDU					BV Mitte, AKUMW, FA	AKUMW: Verweis in FA s. a. Antrag B90/Grüne		abgelehnt
6	25	Ergebnisplan	Anpassung	Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte ("Blitzer") Die Verwaltung wird beauftragt, 10 Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte (Blitzer) zu beschaffen. Es sind 8 stationäre Anlagen und 2 mobile Anlagen zu beschaffen. Die Anlagen sollten gemietet werden, damit keine weitere Kapitalbindung erfolgt.	DIE LINKE DIE.PARTEI					FA, Rat			zurückgezogen

lfd. Nr.	Seite ¹⁾	Auswirkung	Art	Antrag, Erläuterung	Antrag- steller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR)				2029 Gremium	Anmerkungen	Beschluss FA
						2025	2026	2027	2028			
7	26	Ergebnisplan	Anpassung	Erhöhung von Zuschüssen der Anlage 23 Angesichts der drastischen Kürzungen von Landesmitteln bei grundsätzlich mangelhafter Förderung ist die Stadt Solingen gezwungen, die betroffenen freien Träger vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren und damit deren vielfältige Leistungen in allen Lebensbereichen durch erhöhte städti-sche Zuschüsse zumindest kurz- und mittelfristig sicherzustellen. Der Rat der Stadt Solingen beschließt dazu in der Anlage 23 „Zuschüsse und Zuweisungen“ die deutliche zusätzliche Erhöhung einzelner Zuschüsse für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 . Im Anhang zu diesem Antrag werden die Einzelpositionen aus der Anlage 23 „Zuschüsse und Zuweisungen“ mit Angabe zu Position, Zuschussnummer und Beträgen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 benannt, die anzupassen sind. Nicht benannte Einzelpositionen der Anlage 23 bleiben gegenüber dem Haushaltsentwurf unverändert. Zusätzlich wird die Anlage 23 um eine Position „Projektbezogene Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Maßnahmen zur Bewegungsbezogenen Teilhabe und Gesundheitsprävention“ ergänzt und mit je 10.000 Euro für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 ausgestattet. Träger dieses Titels ist der Solinger Sportbund (SSB). Er wird gleichzeitig aufgefordert, neue Finanzierungsquellen zu erschließen, um diese wichtigen Angebote nach der zeitlich begrenzten Unterstützung dauerhaft zu sichern. <u>Hinweis zur Veranschlagung:</u> a) Änderung der bestehenden Positionen der Anlage 23: 2025 = + 681.900 EUR / 2026 = + 765.807 EUR b) neue Position: PSP: 1.42.02.010 (Sport und Freizeit) Kto. 531800 (Zuweisungen lfd. Zwecke) 2025 = 10.000 EUR / 2026 = 10.000 EUR	SPD B90/Grüne Neue Grüne Fraktion DIE LINKE DIE.PARTEI	691.900	775.807				FA, Rat	Beschluss
8	38	Ergebnisplan	Anpassung	Jugendkultur Das Budget der städtischen Jugendförderung wird um 5.000 Euro für Projekte der Jugendkultur erhöht. Damit sollen die deutlich erhöhten Kosten für die Organisation von Veranstaltungen aufgefangen und damit wichtige Projekte wie ein Jugendkulturfestival (wie bisher Pow Wow You!) gesichert werden. <u>Hinweis zur Veranschlagung:</u> PSP : 1.36.01.010 (Förderung der Jugendarbeit) Kto. : 528100 (Sachleistungen)	SPD B90/Grüne Neue Grüne Fraktion DIE LINKE DIE.PARTEI	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	FA, Rat	Beschluss
9	39	Ergebnisplan	Anpassung	teilstationäres Geschwindigkeitsmessgerät Der Rat der Stadt Solingen beauftragt die Verwaltung, ein weiteres teilstationäres Geschwindigkeitsmessgerät auf Leasingbasis anzuschaffen. Im Sinne der erhöhten Verkehrssicherheit soll dieses Messgerät vor allem an Schulen, Kindertagesstätten und Altenzentren eingesetzt werden – sowie dort, wo Kinder und ältere Fußgänger besonders durch überhöhte Geschwindigkeit gefährdet sind. <u>Hinweis zur Veranschlagung:</u> erwartete Verbesserung (saldiert): 100.000 EUR PSP : 1.12.02.020 (OWI-Verfahren Rottlicht/Geschwindigkeit) Kto. : 456100 (Bußgelder)	SPD B90/Grüne Neue Grüne Fraktion DIE LINKE DIE.PARTEI	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	FA, Rat	Beschluss
10	40	Sonstiges	Prüfauftrag	Prozessbeschleunigung im Ausländeramt Wir schlagen vor, 50.000 EUR aus dem Budget für die Bereitstellung von Schnellschalter- und Studentin Kraft-Diensten in Ausländeramt bereitzustellen und den Serviceprozess zu beschleunigen, der sich aufgrundsteigender Terminanforderungen un Personalmangel in die Länge zieht. <u>Änderung im FA:</u> geändert in Prüfauftrag, wie das Ziel einer Prozessbeschleunigung erreicht werden kann (ohne Betragsziel)	RM Cetin						FA	Beschluss
11	41	Ergebnisplan	Anpassung	Erhöhung Budget des Zuwl hiermit beantragen wir, dass das Budget für den Zuwl mit 21.751 EUR auf 42.502 EUR erhöht wird.	RM Cetin						FA	erledigt mit Beschluss zu Nr. 1

lfd. Nr.	Seite ¹⁾	Auswirkung	Art	Antrag, Erläuterung	Antrag- steller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR)				2029 Gremium	Anmerkungen	Beschluss FA
						2025	2026	2027	2028			
12	42	Investitionsplan	Anpassung	Investitionen im Bereich Nachhaltigkeit Der Finanzausschuss/der Rat fordert die Verwaltung auf, die im Investitionshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel im Nachhaltigkeitsbudget (Nr. 2 der Investitionsliste) strukturell um 100.000 Euro für die Jahre 2025 bis 2026 zu erhöhen. <u>Hinweis zur Veranschlagung:</u> PSP: 5.110508.0001.510 Kto.: 783100 Ansatz bisher: 700 TEUR Ansatz neu: 800 TEUR	B90/Grüne	100.000	100.000			AKUMW FA	AKUMW: Verweis in FA	Beschluss
13	43	Investitionsplan	Anpassung	Investitionen in Fuß- und Radverkehr Der Finanzausschuss/der Rat fordert die Verwaltung auf im Investitionshaushalt die Mittel der Position Nr. 273 „Infrastruktur Fahrrad- und Fußverkehr“ strukturell um 50.000 Euro für die Jahre 2025 bis 2026 zu erhöhen. <u>Hinweis zur Veranschlagung:</u> PSP: 5.540101.0131.500.300 Kto.: 785300 Ansatz bisher: 200 TEUR Ansatz neu: 250 TEUR	B90/Grüne	50.000	50.000			FA, Rat	AKUMW: Verweis in FA	Beschluss
14	44	Investitionsplan	Anpassung	Verkehrsknotenpunkte Die oben genannten Ausschüsse beraten für den Investitionshaushalt die Reduzierung der einge stellten Kosten für die Investitionsmaßnahmen Nr. 243 „Verkehrsknoten Dickenbusch“ und Nr. 287 „Bonner Straße Knotenpunkt“ auf 1000 EUR im Jahr 2025 zu reduzieren und diese Maßnahmen mit jeweils 9000 EUR für das Jahr 2026 vorzumerken. <u>Hinweis zur Veranschlagung:</u> a) Verkehrsknoten Dickenbusch (Pos. 243) PSP: 5.540101.0013.500.300 Kto.: 785200 Ansatz bisher: 2025 = 10.000 EUR / 2026 = 0 EUR b) Bonner Str./Knotenpunkt (Pos. 287) PSP: 5.540102.0013.500.300 Kto.: 785200 Ansatz bisher: 2025 = 10.000 EUR / 2026 = 0 EUR	B90/Grüne					AKUMW FA	s. a. Antrag CDU AKUMW: Verweis in FA	zurückgezogen
15	45	Ergebnisplan	Anpassung	Budgetmittel Oberbürgermeister/Büro des Rates Die Haushaltsposition Budgetmittel des Oberbürgermeisters und des Büro des Rates werden um 7 % gekürzt.	RM Preuss					FA		abgelehnt
16	46	Ergebnisplan	Anpassung	Zuwendungen Rat Die finanziellen Zuwendungen für Ratsfraktionen und Einzelbewerber werden um 5 % gekürzt.	RM Preuss					FA		abgelehnt
17	48	Sonstiges	Begleitantrag	Appell an die Landesregierung zum KiBiz Der Rat der Stadt Solingen appelliert an das Land Nordrhein-Westfalen, die dringend notwendige und seit längerem von allen Seiten geforderte Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) umgehend anzusto-ßen und zeitnah in den Landtag einzubringen.	SPD					FA, Rat		Beschluss
18	50	Sonstiges	Begleitantrag	Kulturetat: Die Verwaltung wird beauftragt, für die Finanzierung der kulturfremden verwaltungsinternen Nutzung des Theaters und Konzerthauses eine neue Regelung zu finden, insbesondere für Gremiensitzungen und Veranstaltungen der Verwaltung. Bei einer Neuregelung soll auch geprüft werden, inwieweit der perso-nelle Einsatz bei Gremiensitzungen reduziert werden kann, beispielsweise bei der Garderobe.	SPD					FA, Rat		Beschluss
19	51	Sonstiges	Begleitantrag	Anschluss Scheuren: Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, inwieweit die jüngste Entwicklung zur B 229n Auswir-kungen auf die weiteren Planungen für den Anschluss des Gewerbegebiets Scheuren an die Viehbachtal-straße (L 141n) hat. Konkret soll dabei geprüft werden, ob der nun dauerhafte Zustand der Straße als innerstädtische Verbindung die planerischen Anforderungen an eine Anschlussstelle verringert - und falls ja, ob unter diesen Voraussetzungen eventuell auch eine Anbindung der Richtungsfahrbahn City und Frankfurter Damm machbar und sinnvoll wäre. Die Prüfung soll zeitlich so erfolgen, dass ihr Ergebnis in die bereits angelaufenen Planungen des An-schlusses der Richtungsfahrbahn Ohligs einfließen kann.	SPD					FA, Rat		Beschluss

lfd. Nr.	Seite ¹⁾	Auswirkung	Art	Antrag, Erläuterung	Antrag- steller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR)				2029 Gremium	Anmerkungen	Beschluss FA
						2025	2026	2027	2028			
20	53	Sonstiges	Prüfauftrag	Erzeugung Strom und Wärme (z. B. Biogasanlage): Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob und inwieweit die aus der Leerung der Biomüll-Tonnen entstehenden Müllmengen hier vor Ort in einer zu bauenden Biogasanlage weiterverwendet werden können – beispielsweise zur Erzeugung von Strom oder Wärme. Das Ergebnis samt Kosten-Nutzen-Aspekten soll im ersten Halbjahr 2025 vorgelegt werden.	SPD					FA, Rat		zurückgezogen
21	54	Sonstiges	Prüfauftrag	Demokratieförderung im Schul- und Jugendbereich: Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, wie die Demokratieförderung im Schul-und Jugendbereich nachhaltig gestärkt werden kann, in enger Kooperation mit dem Jugendstadtrat. Dabei sollen insbesondere auch Ferienprogramme in Betracht gezogen werden. Entsprechende Konzeptvorschläge samt Kostenschätzungen sind den beiden Ausschüssen im Laufe des ersten Halbjahrs 2025 vorzulegen. textl. Ergänzung lt. Beschluss des JHA: "Einbezogen soll auch das Projekt „fYOUture - Wenn Demokratie leben lernt".	SPD					JHA, FA, Rat	JHA: Verweis in FA	Beschluss
22	56	Sonstiges	Prüfauftrag	Ferienangebot für Kinder u. Jugendliche Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, wie das überaus erfolgreiche Ferienangebot für Kinder und Jugendliche finanziell so gestärkt werden kann, dass weitere sinnvolle Maßnahmen bewilligt werden können. Dies kann beispielsweise im Rahmen der Bewirtschaftung der Zuschüsse aus der Anlage 23 ge-schehen. Den Ferienmaßnahmen wird in der Kinder- und Jugendförderung ein hoher Stellenwert beige-messen. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Jugendhilfeausschuss rechtzeitig zur Planung des Ferienpro-gramms vorzulegen.	SPD					FA, Rat		Beschluss
23	57	Sonstiges	Prüfauftrag	Fronhof Die Verwaltung wird beauftragt, alle Möglichkeiten zu prüfen, die Beleuchtung des Fronhofs kurzfristig auszutauschen und damit schon vor dem geplanten Umbau eine bessere Beleuchtung des Platzes durch hellere bzw. andere Leuchtmittel sicherzustellen. Dabei sollen vor allem weitgehend kostenneutrale Möglichkeiten untersucht werden. Entsprechende Vorschläge sollen dem zuständigen Fachausschuss möglichst bereits in der ersten Sitzung 2025 vorgelegt werden.	SPD					FA, Rat		Beschluss
24	59	Sonstiges	Prüfauftrag	Hitzeschutz durch "Fliegende Gärten" Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, wie in den Solinger Stadtzentren der Hitzeschutz durch sogenannte ‚Fliegende Gärten‘ nachhaltig verbessert werden kann: Schatten und Kühlung spendende, teilweise rankende Bepflanzungen, die lediglich in Kübeln wurzeln. Sie können dann an Stangen, Netzen oder Gittern neben und über Straßen bzw. Fußgängerzonen entlang wachsen und so ein schattenspendendes Blätterdach bilden. Dies soll insbesondere für die anstehenden Neugestaltungen wie beispiels-weise am Fronhof geprüft werden, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lösungsansätze für Bepflanzungen. Das Ergebnis samt Kostenschätzungen soll dem zuständigen Fachausschuss zeitnah präsentiert werden.	SPD					FA, Rat		Beschluss
25	60	Sonstiges	Prüfauftrag	Sanitäranlagen Heidebad Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, wie die Sanitäranlagen im Freibad Heidebad zweckmäßig saniert und attraktiver gestaltet werden können – und wie eine solche Maßnahme finanziell dargestellt werden könnte. Das Ergebnis soll dem Sportausschuss zeitnah vorgestellt werden.	SPD					FA, Rat		Beschluss
26	61	Sonstiges	Prüfauftrag	Vollzeitstelle für Kulturpädagogik Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, wie eine Vollzeitstelle für Kulturpädagogik dauerhaft beim Kulturmanagement eingerichtet werden kann, mit der Inhalte und Bedeutung von Musik, Tanz und Theater den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt von Kindesbeinen an nahegebracht wird – und damit menschengemachte Kultur als eine wesentliche Basis des zivilisierten Zusammenlebens in unserer Gesellschaft.	SPD					FA, Rat		Beschluss
27	62	Sonstiges	Prüfauftrag	Aktualitätsprüfung Anlage 23 Der Finanzausschuss/Rat der Klingenstadt Solingen beschließt, dass die verantwortliche Verwaltung folgendes überprüft und ggfls. aktualisiert: Aktualität und Richtigkeit der in Anlage 23 genannten Mittelempfänger	Neue Grüne Fraktion					FA, Rat		Beschluss

lfd. Nr.	Seite ¹⁾	Auswirkung	Art	Antrag, Erläuterung	Antrag- steller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR)				2029 Gremium	Anmerkungen	Beschluss FA
						2025	2026	2027	2028			
28	63	Sonstiges	Prüfauftrag	Nachhaltige Schulneubauten: Regenwassernutzung/Solarenergie prüfen Der Finanzausschuss/Rat der Klingenstadt Solingen beschließt, dass folgende Punkte geprüft werden sollen: 1. <u>Regenwassernutzung bei Schulneubauten:</u> Prüfung, inwieweit Regenwasser für die Toilettenspülung bei Schulneubauten genutzt werden kann und welche Mehrkosten damit verbunden sind. Zusätzlich soll untersucht werden, ob sich diese Kosten durch geringeren Trinkwasserverbrauch und Abwassereinsparungen refinanzieren lassen. 2. <u>Solaranlagen auf Schulneubauten:</u> Prüfung der Mehrkosten für die Stadt, wenn Solaranlagen künftig bei allen Schulneubauten standardmäßig installiert werden. Dabei sind sowohl Anschaffungs- als auch Betriebskosten sowie mögliche Einsparungen durch geringere Energiekosten zu berücksichtigen.	Neue Grüne Fraktion					FA, Rat		Beschluss
29	64	Sonstiges	Arbeitsauftrag	Landschaftsplanaufstellung Der Finanzausschuss/der Rat fordert die Verwaltung auf, durch zeitnahe Beteiligung am Förderprogramm FÖNA bereits in 2025 die notwendigen Stellen zu schaffen, um den bestehenden Landschaftsplan aus dem Jahr 2005 zeitnah zu überarbeiten. Finanzausschuss und Rat beauftragen die Verwaltung und den Stadtdienst Natur und Umwelt, die notwendigen Schritte dafür baldmöglichst einzuleiten. Die zu erbringende Kofinanzierung der Stadt der zu 80 % geförderten Stellen ist im Haushalt 2025 hinterlegt und somit erfolgt die Umsetzung haushaltsneutral.	B90/Grüne					FA	AKUMW: Verweis in FA	Beschluss
30	65	Sonstiges	Arbeitsauftrag	Titelergänzung Stelle Klimaanpassung Der Finanzausschuss / der Rat beschließt: Zur Aktualisierung des Klimaschutzkonzeptes und der dafür notwendigen personellen Ressourcen im Stadtdienst Natur und Umwelt wird der Haushaltsbeschluss vom 16.05.2024 zur Prüfung einer Stelle im Bereich Naturschutz in der Bezeichnung ergänzt. Der neue Titel der Maßnahme ist: „Anpassung an den Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen insbesondere im naturschutzfachlichen Bereich“. Aufgrund der bestehenden schwierigen Haushaltslage sind Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung seitens der Verwaltung dazustellen. Eine Gegenfinanzierung oder die Stellenschaffung im Umfang von 1 VZÄ sind ggf. umzusetzen mittels a) kw-Vermerk bei zukünftig entfallenen Stellen, oder b) geförderte Stellen, die mitunter auch nur befristet eingesetzt werden können.“	B90/Grüne					FA	AKUMW: Verweis in FA	Beschluss
31	66	Sonstiges	Prüfauftrag	Schwimmassistenzen Der Finanzausschuss / der Rat der Stadt Solingen beauftragt den SD Schulen zu prüfen, wie das Fortbestehen und die Finanzierung der Schwimmassistenzen bedarfsgerecht gesichert werden kann. Hierzu werden Gespräche mit dem SSB geführt und die Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln evaluiert. Wenn eine Finanzierung über den Schulhaushalt nicht möglich ist, erhält der SSB städtische Unterstützung bei der Akquise externer Finanzquellen. Auch auf die Landesregierung soll erneut zugegangen werden. Der Sport- und der Schulausschuss werden regelmäßig über den Sachstand informiert.	B90/Grüne					FA, Rat		Beschluss
32	67	Sonstiges	Prüfauftrag	Stellenbesetzung Umwelt- und Naturschutz, hier: Kataster und Umsetzung konkreter Maßnahmen Der Finanzausschuss / der Rat beschließt: Für die öffentlich zugängliche Dokumentation eines Ausgleichsflächenkatasters sowie die Pflege der Ausgleichsflächen wird im Umwelt- und Naturschutzbereich die Schaffung einer Stelle im Umfang von einem VZÄ ab dem Jahr 2025 geprüft. Aufgrund der bestehenden schwierigen Haushaltslage sind Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung seitens der Verwaltung dazustellen. Dazu gehört die Nutzung von a) Stellen, die mit kw-Vermerk gekennzeichnet sind, b) geförderten Stellen, die mitunter auch nur befristet eingesetzt werden können, oder c) Stellen mittels Ausschreibung an Dritte, wobei hier benötigte Finanzmittel im Haushalt hinterlegt werden müssen.	B90/Grüne					AKUMW FA	AKUMW: Verweis in FA	Beschluss
33	68	Ergebnisplan	Anpassung	moderate Erhöhung der Gewerbesteuer Die Stadt Solingen beschließt eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer, d. h. eine Anhebung des Hebesatzes um 5 Punkte von 475 v. H. auf 480 v. H. <u>Hinweis aus FA-Klausur</u> It. Antragsteller wird der urspr. Haushaltsantrag für den FA zurückgezogen und soll im Rat als Prüfauftrag neu gestellt werden.	DIE LINKE DIE.PARTEI					FA, Rat		zurückgezogen

lfd. Nr.	Seite ¹⁾	Auswirkung	Art	Antrag, Erläuterung	Antrag- steller	Veränderung zur bish. Planung (in EUR)				2029 Gremium	Anmerkungen	Beschluss FA
						2025	2026	2027	2028			
34	69	Ergebnisplan	Anpassung	Verbesserung/Optimierung des Forderungsmanagements Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, das Forderungsmanagement zu verbessern und zu optimieren. In Zusammenarbeit mit dem Revisionsdienst sollen hier geeignete Maßnahmen ermittelt und eingeführt werden, um Einnahmeverluste deutlich zu reduzieren. <u>Hinweis aus FA-Klausur</u> It. Antragsteller wird der urspr. Haushaltsantrag für den FA zurückgezogen und soll im Rat als Prüfauftrag neu gestellt werden.	DIE LINKE DIE.PARTEI					FA, Rat		zurückgezogen
35	70	Investitionsplan	Anpassung	Kosten- und Bauleistungskontrolle bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen Die Verwaltung wird beauftragt, eine verschärfte Kosten- und Bauleistungskontrolle bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen zu installieren. Antragsziel ist die Verringerung der Baukosten sowie die Sicherung der Bauausführungsqualität. Die Controllingaktivitäten beinhalten auch eine zeitweilige Präsenz vor Ort und können personalkostenneutral durch den Revisionsdienst durchgeführt werden. <u>Hinweis aus FA-Klausur</u> It. Antragsteller wird der urspr. Haushaltsantrag für den FA zurückgezogen und soll im Rat als Prüfauftrag neu gestellt werden.	DIE LINKE DIE.PARTEI					FA, Rat		zurückgezogen
36	71	Ergebnisplan	Anpassung	Reduzierung externer Beratungsaufträge Die Verwaltung wird dazu angehalten, eine Reduzierung externer Beratungsaufträge vorzunehmen. Stattdessen soll weitgehend auf Inhouse-Ressourcen zurückgegriffen werden. <u>Hinweis aus FA-Klausur</u> It. Antragsteller wird der urspr. Haushaltsantrag für den FA zurückgezogen und soll im Rat als Prüfauftrag neu gestellt werden.	DIE LINKE DIE.PARTEI					FA, Rat		zurückgezogen

1) Seitennummer im PDF-Dokument
 "Beratungsfolge und Beschlüsse FA"

Summierung der Änderungen:

Ergebnisplan	596.900	680.807	-95.000	-95.000	-95.000
HSK	0	0	0	0	0
Änderungen Ergebnisplan (konsumtive Änderungen)	596.900	680.807	-95.000	-95.000	-95.000
Änderungen Investitionsplan (investive Änderungen)	150.000	150.000	0	0	0

Fortschreibung des Haushaltsentwurfes:

Jahresergebnis lt. HH-Entwurf	90.328.808	93.752.698	101.297.965	95.059.439	95.012.124
Änderungen lt. 1. Änderungsliste Verwaltung	-10.967	3.948.549	1.149.064	680.651	-209.736
Jahresergebnis inkl. Änderungsliste	90.317.841	97.701.248	102.447.028	95.740.089	94.802.387
Änderungen Ergebnisplan/HSK lt. FA-Klausur	596.900	680.807	-95.000	-95.000	-95.000
aktualisiertes Jahresergebnis	90.914.741	98.382.055	102.352.028	95.645.089	94.707.387